

Auszug aus der vorläufigen Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		SV-Nr.: WP 25-30 SV 50/012
Betreff:	Antrag der CDU Fraktion vom 03.03.2026: Maßnahmenpaket "Mehr Wohnraum in Hilden"	

17.06.2026 Sozialausschuss

TOP 3.1

S.B. Ringelkamp/Bündnis 90/Die Grünen bat darum, den Änderungsantrag ihrer Fraktion mit Ergänzungen zum CDU-Antrag bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Der Ausschuss erklärte sich damit einverstanden, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit zu berücksichtigen, so dass der Vorsitzende Rm Gartmann/CDU über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen ließ.

Antragstext:

Maßnahmenpaket „Mehr Wohnraum für Hilden“ Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2026

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Entlastung des Hildener Wohnungsmarktes vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte umfasst:
 - a) Prüfung einer stärkeren Kooperation mit der WGH Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum,
 - b) Erfassung von Leerständen und Prüfung von Aktivierungsinstrumenten. Dabei soll die Umsetzungsstrategie von Sanktionen und Strafen, ähnlich wie in den Städten Köln, München und Berlin, geprüft werden.
2. Die Verwaltung berichtet dem Rat bis zum 30.09.2026 über den Umsetzungsstand und weitere Handlungserfordernisse.

Änderungsantrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 15.06.2026 zum:

Ö 3.1 Antrag der CDU Fraktion vom 03.03.2026: Maßnahmenpaket „Mehr Wohnraum in Hilden“

1. Anpassung Punkt 1 (Einleitung)

Der erste Absatz wird ergänzt:

„...ein Maßnahmenpaket zur Entlastung des Hildener Wohnungsmarktes vorzulegen, das insbesondere konkrete, priorisierte und umsetzbare Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Flächensparen gemäß Novelle des Klimaanpassungsgesetzes NRW (2026) umfasst.“

2. Anpassung Punkt 1a (WGH)

Punkt a) wird wie folgt konkretisiert:

„Prüfung und Entwicklung einer verstärkten Kooperation mit der WGH mit dem Ziel,

- den Anteil öffentlich geförderten Wohnraums signifikant zu erhöhen,
- städtische Grundstücke prioritär für gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu nutzen,
- besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen,
- und konkrete Ausbauziele (Neubau, Aufstockung, Nachverdichtung) zu definieren und dem Rat vorzulegen.“

3. Änderung Punkt 1b (Leerstand)

Punkt b) wird ersetzt durch:

„Präzisere Erfassung und Analyse der Datenlage zum Leerstand in Hilden sowie Bewertung, ob und in welchem Umfang kommunale Maßnahmen erforderlich und Verhältnismäßig sind. Dabei sind insbesondere Kosten, Personalaufwand und tatsächliche Wirksamkeit darzustellen.

Der Schwerpunkt soll auf Maßnahmen mit nachweislich hohem Wohnraumpotenzial liegen.“

Geänderter Antragstext:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Entlastung des Hildener Wohnungsmarktes vorzulegen, das insbesondere konkrete, priorisierte und umsetzbare Maßnahmen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Flächensparen gemäß Novelle des Klimaanpassungsgesetzes NRW (2026) umfasst:
 - a) Prüfung und Entwicklung einer verstärkten Kooperation mit der WGH mit dem Ziel,
 - den Anteil öffentlich geförderten Wohnraums signifikant zu erhöhen,
 - städtische Grundstücke prioritär für gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu nutzen,
 - besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen,
 - und konkrete Ausbauziele (Neubau, Aufstockung, Nachverdichtung) zu definieren und dem Rat vorzulegen.
 - b) Präzisere Erfassung und Analyse der Datenlage zum Leerstand in Hilden sowie Bewertung, ob und in welchem Umfang kommunale Maßnahmen erforderlich und verhältnismäßig sind. Dabei sind insbesondere Kosten, Personalaufwand und tatsächliche Wirksamkeit darzustellen. Der Schwerpunkt soll auf Maßnahmen mit nachweislich hohem Wohnraumpotenzial liegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Antragstext mehrheitlich beschlossen

8 Ja-Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

6 Nein-Stimmen von SPD, Bürgeraktion/Piraten und AfD